SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Vorbereitung für diese Haushalsrede ist mir ein Zitat begegnet, dass ich Ihnen gerne weitergeben möchte. Es stammt von Kurt Schumacher und lautet:

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“.

Denken Sie gerne in den kommenden Tagen darüber nach.

Wir leben seit über 1000 Tagen in Europa in unruhigen Zeiten, weil russische Truppen am 24. Februar 2022 die Ukraine überfielen und den dort lebenden Menschen Leid und Tod brachten, sowie unfassbare Schäden an der Infrastruktur dieses Landes verursacht haben. Der Einsatz von nordkoreanischen Soldaten in russischen Uniformen seit Anfang November 2024 in der Region Kursk ist bestätigt worden.

Zwischen China und Taiwan verschärfen sich die Spannungen

Militärische Auseinandersetzungen in Israel und dem Gazastreifen halten mittlerweile seit über einem Jahr an und führten zu tausenden Flüchtlingen und einer kompletten Zerstörung von Wohngebäuden, Krankenhäuser und der gesamten Infrastruktur dieses Lebensraumes.

Immer häufiger gewinnen radikale oder nationalistische Politiker und Parteien bei Wahlen Stimmen hinzu. Die Bildung von handlungsfähigen Regierungen wird immer schwieriger. Leider führt dies auch zu einer wei-

teren Schwächung des demokratischen Gerüsts in vielen Gesellschaften. Diese Erosion an Zustimmung und Unterstützung unserer demokratischen Errungenschaften sollten wir alle entschieden bekämpfen und stoppen.

Seit dem Wochenende gibt es nun wenigstens einen Lichtblick in Syrien. Das dortige Regime wurde gestürzt, der Diktator Baschar al-Assad ist zu seinem Verbündeten nach Moskau geflohen. Bleibt zu hoffen, dass Syrien sich stabilisieren kann. Leider verfolgen viele andere Staaten in dieser Region ihre ganz eigenen Interessen. Aber schon übertreffen sich CDU und AFD mit ihren Vorschlägen um mehr und schneller Geflohene zurück nach Syrien zu schicken.

Aber weiterhin brauchen hilfesuchende Flüchtlinge aus der Ukraine und anderen Kriegsregionen in der Welt auch im nächsten Jahr unsere Unterstützung. Zwar gehen die Zahlen der Ankommenden insgesamt zurück, aber auch 2024 kamen erneut Flüchtlinge zu uns nach Everswinkel. Auch für diese benötigen wir Wohnraum, Betreuung, Plätze in Kindergärten und Schulen, ärztliche Versorgung und Unterstützung zum täglichen Leben. Zum Glück bietet unsere Kommune immer noch Hilfe an und übt sich in Solidarität für die Neuankommenden und die bereits hier Lebenden. Gerade wurde beschlossen, dass die monatliche pro Kopf Pauschale für Unterbringung und Versorgung, die wir als Kommune vom Staat erhalten, um knapp 16% erhöht wird. Das ist sehr erfreulich und dringend norwendig.

Die SPD richtet ihren besonderen Dank an die vielen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen die, wie auch in den zurückliegenden Jahren durch ihr Engagement dafür gearbeitet haben, dass die nötige Versorgung unserer neuen Mitbewohner möglich wurde.

Gerade unsere Vereine wie Feuerwehr, DRK, die Kirchen und viele Einzelpersonen haben durch ihre Unterstützung geholfen, zahlreiche Probleme zu lösen.

Auch den Mitgliedern der Verwaltung und des Bauhofes möchten wir bereits an dieser Stelle unseren Dank aussprechen, denn in 2024 wurde wieder viel zusätzliche, organisatorische Arbeit geleistet und dies unter

teilweise belastenden Eindrücken und Rahmenbedingungen. Dafür verdienen sie Alle unseren tiefempfundenen Respekt und unsere Anerkennung.

Betrachten wir den Haushaltsentwurf für 2025 und die Folgejahre bis 2028 so sehen wir ein Zahlenwerk mit sehr großen Beträgen für eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen hier in unserer Gemeinde.

- Die Anbindung des Gewerbegebietes Nord
- Der Endausbau des Gewerbegebietes Grothues
- Der Endausbau am Bergkamp III
- Die Attraktivierung des Ortskerns
- Die Erneuerung der Münsterstraße,
- Der Neubau der Günther-Class-Straße
- Der Kreisverkehr an der Bahnhofstraße
- Der Neubau der Feuerwache in Alverskirchen
- Der Kita-Neubau auf dem Gelände des Vitus-Saunadorfes
- Die Erweiterung der Verbundschule

Schon die Kosten für diese geplanten Maßnahmen summieren sich auf über 34 Mio. € Ausgaben für die kommenden Jahre.

Dabei sind bestimmte Kosten noch gar nicht im Haushalt aufgeführt. Für das Gewerbegebiet Nord entstehen weitere Kosten für den Grunderwerb und die Erschließung. Die Kommune wird wohl weitere Investitionen zur Errichtung von zusätzlichen Flüchtlingsunterkünften tätigen müssen, das summiert sich schnell auf mehrere Millionen €. Im Zusammenhang mit der geplanten interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft sollen in Everswinkel 72 Wohneinheiten mit bezahlbaren Mieten entstehen. Hierfür wurde uns in den Ausschussberatungen ein aufzubringendes Eigenkapital von ca. 5 Mio. € genannt. Somit wären wir schnell bei einem Gesamtbedarf von insgesamt ca. 45 Mio. €, wenn man nur die kostenintensivsten Maßnahmen bis 2028 betrachtet.

Beim Ergebnisplan von 2025 bis 2028 wird in 4 Jahren ein Defizit von ca. 7 Mio. € und beim Finanzplan wird im gleichen Zeitraum ein Defizit von ca. 26 Mio. € prognostiziert.

Insbesondere der Verlust unserer liquiden Mittel ist besonders besorgniserregend. Beginnend mit +12,5 Mio. € Ende 2023 und -17,5 Mio. € Ende 2028 sehen wir eine Reduktion um 30 Mio. € in 5 Jahren. Diese enorme Reduktion der liquiden Mittel tritt dann ein, wenn wir

1. sämtliche geplanten Ausgaben und Investitionen bis Ende 2028 auch tatsächlich tätigen und
2. die tatsächlichen Steuereinnahmen nicht erneut höher als in der Prognose ausfallen. Wobei wir hier bereits höhere Gewerbesteuereinnahmen prognostizieren als für den Haushalt 2024 und dies trotz national vorausgesagter rückläufiger Wirtschaftsleistung.

In den Jahren 2027 kommt es zu einer prognostizierten Verringerung der allgemeinen Rücklage um knapp -5% und in 2028 um knapp 10%. Das Haushaltssicherungskonzept ist drohend am Horizont zu erkennen.

Im Haushalt gibt auch vorgesehene Posten für Kredite:

1. Einen Investitionskredit über insgesamt 8,0 Mio. € zur Finanzierung des Feuerwehrgerätehauses in Alverskirchen, mit einer Laufzeit von 30 Jahren also bis ca. zum Jahr 2056.

2. Einen Liquiditätskredit über maximal 2,0 Mio. € mit dem, falls erforderlich, kurzfristig ausstehende Rechnungen beglichen werden können.

Für beide Kredite fallen zukünftig Zins- und Tilgungszahlungen an. Die pro Kopf Verschuldung sämtlicher Einwohner und Einwohnerinnen steigt dadurch von 95 € auf 846 €. Das bedeutet einen Anstieg auf das 9-fache.

Diese hier aufgeführten Kosten - und das sind nur die größten Posten - lassen der Gemeinde keine Spielräume. Unklar ist auch, wie es zukünftig mit Zuschüssen von Bund und Land weitergehen wird. Erwähnen möchten wir hier beispielhaft das Deutschlandticket für die Schülerbeförderung, dessen Fortführung für die kommenden Jahre erneut unsicher ist. Eine weitere Kostenerhöhung oder gar der völlige Wegfall würde unseren Haushalt massiv zusätzlich belasten.

- Viele Jahre haben sich Bürgermeister und hiesige CDU ausufernd über fehlende Schlüsselzuweisungen vom Land beschwert. Nun stellt die CDU schon einige Jahre die Ministerpräsidenten, geändert hat sich nichts. Nur von der lokalen CDU hört man keine Beschwerden mehr. Ergänzend bleibt festzuhalten, dass das Land zusätzlich auch noch Gelder des Bundes, die zur finanziellen Unterstützung der Kommunen gedacht waren, nicht vollständig an uns weiterleitet. Es wird bereits von den klebrigen Fingern der Landesregierung gesprochen. Für 2025 hatte die Landesregierung, aus CDU und Grünen, fast 89 Mio. Kürzungen im sozialen Bereich geplant. Darunter fielen Kürzungen oder sogar völliger Wegfall bei
- Der Berufseinstiegsbegleitung
- Der Förderung bei der Familienberatung
- Der Förderung der Familienerholung
- Den Mitteln zur Prävention und Eindämmung von Suchterkrankungen und deren Folgen
- Der Landesförderung Alter und Pflege
- Der Förderung von Investitionen an Pflegeschulen
- Den Leistungen für soziale Beratung von Geflüchteten
- Den Leistungen für Integrationsinfrastruktur und
- Den Zuschüssen für die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege.

Nach massiven Protesten und einer großen Demonstration vor dem Landtag in Düsseldorf wurden diese Kürzungen jetzt halbiert. Es bleiben immer noch Kürzungen von über 40 Millionen bestehen. Dabei muss uns klar sein, dass der Wegfall dieser Hilfsangebote uns nach kurzer zeitlicher Verzögerung über die Ausgaben für die Kreisumlage und die Aus-

gaben für den Landschaftsverband vor die Füße fallen und unseren Gemeindehaushalt zusätzlich belasten werden. Denn eins ist sicher, die betroffenen Hilfen werden weiterhin dringend benötigt.

Die Übertragung von Aufgaben durch Bund und Länder auf die Städte und Gemeinden hält weiter an, man sorgt aber nicht für eine ausreichende Finanzierung. Es muss aufhören, dass durch diese Aufgabenverschiebung die Kommunen immer stärker unter Druck geraten.

Der aktuelle Stellenplan erscheint uns für die Erledigung unserer Aufgaben angemessen zu sein. Was ist eigentlich aus der im letzten Jahr angesprochenen Einführung von Puffer- oder Buddystellen geworden, um den Verlust von Knowhow beim Renteneintritt unserer Bediensteten zu verhindern? Im Stellenplan wurden diese noch nicht eingearbeitet.

Bei der Festsetzung der neuen Hebesätze zur Berechnung der Grundsteuern hat die SPD sich bemüht die zusätzlichen Belastungen für die in Gebäuden zur Wohnnutzung lebenden Personen zu vermeiden. Den systematischen Vorteil einer niedrigeren Grundsteuer bei gewerblich genutzten Gebäuden, hätten wir durch die Einführung von unterschiedlichen Hebesätzen (differenzierte Hebesätze) für die beiden Nutzungsarten entschärfen oder beheben können. Davon hätten übrigens auch die Landwirte profitiert, da zukünftig deren Wohngebäude ja ebenfalls nach der Grundsteuer B für Wohnnutzung berechnet wird. Leider sind die anderen 3 Fraktionen des Rates uns nicht gefolgt, sondern haben dagegen gestimmt. Dies führt nun einer versteckten Wirtschaftsförderung zu Lasten der Menschen die unserer Kommune lediglich wohnen möchten.

Bereits im letzten Jahr hatten wir bemängelt, dass einige der Entscheidungen zu besonders zukunftsrelevanten Projekten mit großer Eile und ohne ausreichenden vorangegangenen Austausch unter den Ratsparteien erfolgt war. Zur Erinnerung möchten wir drei davon erwähnen:

1. Das neue Gewerbegebiet Nord erschien uns von Beginn an zu groß und an der falschen Stelle. Zumal der Gemeinde etwas nördlich vom jetzt geplanten Standort bereits große Flächen gehören. Der zunächst zugesagte Kompromiss, das Gewerbegebiet stufenweise zu erschließen, zerschlug sich während der Haushaltsberatungen.

2. Der Standort für die geplante 5 Gruppen-Kindertagesstätte auf dem ehemaligen Gelände des Vitus-Saunadorfes erreichte uns zunächst völlig unangekündigt im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung. Der ursprünglich geplante Bauplatz im Baugebiet Bergkamp III wurde gekippt. Vorgeschlagene alternative Nutzungsmöglichkeiten für das ehemalige Vitus-Saunadorf-Gelände und die Warnung vor einem Verkehrskollaps in der Alverskirchener Straße vor den Schulen, prallten an der CDU ab und wurde, als es unlängst um das Verkehrsaufkommen an der Straße an Haus Borg ging, überhaupt nicht erwähnt. Auch das Risiko durch Starkregenereignissen an diesem Standort ist für uns noch nicht ausgeräumt.
3. Bei der Ausschreibung für den Planer-Wettbewerb zur Attraktivierung des Ortskerns wurde festgelegt, dass bis zu 30% der dort vorhandenen Parkplätze zukünftig wegfallen dürfen. Dass so das Einkaufen und der Besuch im Ortskern unattraktiver und für viele ältere und kranke Menschen schwieriger werden, interessierte nicht. Zwischenzeitlich hat uns das Parkplatzproblem wiederholt in den Ausschüssen beschäftigt, nicht zuletzt thematisiert durch die hiesige IGSE. Für uns war es immer wieder erstaunlich, dass das durchführende Büro wiederholt Probleme hatte, uns die Zahl der bisherigen und zukünftigen Parkplätze zu benennen. Festzuhalten bleibt, dass wir uns 2024 weiterhin mit der Korrektur der Anzahl der Parkplätze beschäftigen mussten. Offensichtlich empfand die Kaufmannschaft den voreilig festgelegten Wegfall von bis zu 30% der vorhandenen Parkplätze als zusätzliches Geschäftsrisiko und wünschte sich eine Änderung. Zusätzlich fehlen Dauerparkplätze für die Mitarbeiter der hiesigen Betriebe, weshalb es auch bereits zu Kündigungen kam.

Bei den Beratungen zu diesen drei Themen mussten wir feststellen wie wenig Diskussionsbereitschaft hierzu bei einigen Fraktionen bestand. Besonders die Mehrheitsfraktion kam bereits mit festen Überzeugungen und Plänen. Vermutlich fühlten sich damals deren Fraktionsmitglieder auch noch hinreichend informiert.

In diesem Jahr kam es nun erneut zu einem sehr kostenintensiven weiteren Vorhaben bei dem sich dann auch andere Fraktionen überrumpelt und

schlecht informiert fühlten. Zumindest konnten wir einen gewissen Unmut verzeichnen, als es im Rahmen der Haushaltsberatungen um die Pläne zur Erweiterung der Verbundschule mit fast 4 Mio. € Kosten gehen sollte. Die dabei aufgekommene Kritik am fehlenden Austausch zu Notwendigkeit, Planung und Ausgestaltung würde ich gerne aufgreifen. Leider mussten wir erleben, wie zum wiederholten Mal ein Thema mit erheblichen Auswirkungen, in vielerlei Hinsicht, für die Zukunft unserer Gemeinde, sehr zügig und ohne vorangegangenen Austausch oder eine Diskussion vorangetrieben wurde. Die Schulentwicklung ist ein sensibles und wichtiges Thema für unsere Gemeinde und sicherlich auch ein bedeutender Standortfaktor. Richtig ist aber auch, dass wir die Schulen mit erheblichen finanziellen Mitteln ausstatten. Alleine die Schulbeförderung fordert von uns jährlich über eine ½ Million Euro. Da hätte die SPD schon erwartet, dass alle Parteien vorab am Entscheidungsprozess beteiligt würden und ein Beschlussvorschlag nicht einfach im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt würde. Ähnliches kennen wir leider ja bereits aus dem letzten Jahr. Genau hier liegt unser Hauptkritikpunkt. Die Mitglieder der SPD-Fraktion halten es für dringend erforderlich in einem fraktionsübergreifenden Austausch über die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde mit zwei Ortsteilen einzutreten. Vor dem Hintergrund der finanziellen Risiken ist es notwendig zu entscheiden was uns am wichtigsten ist. Es geht uns um eine Reihenfolge. was ist uns z.B. wichtiger: eine Attraktivierung des Ortskerns für viele Millionen Euro, die geplante Anbindung des neuen Gewerbegebietes über einen weiteren Kreisverkehr, die Erweiterung der Verbundschule oder ein Kreisverkehr an der Bahnhofstraße? Statt einer Priorisierung wird uns aber heute wieder eine Entscheidung abverlangt: alles oder nichts? Es ist unseriös sämtliche Wünsche der unterschiedlichen Interessenvertretungen in dieser Gemeinde erfüllen zu wollen. Es ist unsere Aufgabe Schwerpunkte zu setzen Eine Priorisierung muss festgelegt werden, um die finanziellen Mittel am sinnvollsten einzusetzen. Genau an diesem Scheidepunkt befinden wir uns momentan.

Hier noch einige Anmerkungen zu weiteren Themen, die weiterhin ungelöst sind:

In Everswinkel und Alverskirchen haben wir immer noch zu wenig preiswerten Wohnraum. Da ist die interkommunale Wohnungsbaugesellschaft noch nicht weiter vorangekommen. Wir befinden uns noch immer

ganz am Anfang der Einrichtung dieser Gesellschaft. Bleibt zu hoffen, dass auf dem Weg dorthin sich weiterhin eine Mehrheit dafür ausspricht. Auch in unserer Gemeinde, mit einer immer älter werdenden Einwohnerschaft, benötigen wir zunehmend preiswerten Wohnraum.

Auch im 3. Jahr gibt es weiterhin keine Planungen für die Einrichtung einer Querungshilfe über die Freckenhorster Straße auf der Höhe der Graf-Droste-Straße und Am Haus Langen. Dort gibt es regelmäßig gefährliche Verkehrssituationen beim Versuch die Freckenhorster Straße zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu überqueren. Auch die Planung für einen Radweg entlang der Freckenhorster Straße zwischen der Warendorfer Straße und Am Haus Langen könnte den Fahrradverkehr dort deutlich ungefährlicher machen. Beide Maßnahmen sind übrigens bereits im Fuß- und Radwegekonzept unserer Gemeinde enthalten, worauf wir regelmäßig im Rahmen der zurückliegenden Haushaltsreden hingewiesen haben.

Bis heute fehlt ein Verkehrskonzept unter Einbeziehung des Individualverkehrs. Durch das Baugebiet Bergkamp III kommt es zu einer weiteren Belastung der Nord-Süd-Achse. Leider gibt es keine Erweiterung des ÖPNV für diese Wohngebiete.

Zum Glück ist es gelungen eine Nachfolgeregelung für unsere Postfiliale an gleicher Stelle zu finden. Die neuen Betreiber haben es mit einem erweiterten und veränderten Konzept geschafft, dem Standort eine neue Attraktivität zu verleihen. Diese Postfiliale vor Ort ist ein deutlicher Standortvorteil für unsere Bürgerinnen und Bürger, Handel und Gewerbe, die auch etliche auswärtige Nutzer in unsere Gemeinde führt.

Das voraussichtliche Jahresergebnis im Ergebnisplan für 2025 weist ein Minus von 1,7 Mio. € auf. Durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe ist der Haushalt 2025 im vorliegenden Entwurf fiktiv ausgeglichen.

Die weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des andauernden Krieges und damit auch der wirtschaftlichen Entwicklung sind nicht seriös voraussagbar. Somit sind auch Prognosen zu den Steuereinnahmen im Jahr 2025 erneut nicht sehr belastbar.

Wie im Haushalt für 2024 enthält auch der Haushalt für das kommende Jahr und auch in der mittelfristigen Planung nicht nur Gelder für Pflichtaufgaben. In den kommenden Jahren sind erhebliche Ausgaben, die mit riesigen Defiziten einhergehen, geplant. Erneut wurden wichtige Vorlagen ohne ausreichende vorherige Beteiligung der politischen Entscheidungsträger zur Abstimmung gebracht. Wiederholt musste die SPD feststellen, dass in unserer Gemeinde Entscheidungen zu besonders zukunftsrelevanten Themen unzureichend vorbereitet und vorschnell eingebracht wurden. Wir fühlten uns jedenfalls nicht hinreichend beteiligt am Entscheidungsprozess. Es gibt weiterhin keine Reihenfolge oder Priorisierung der geplanten Maßnahmen.

In Anbetracht dieser Mängel, den beschriebenen Risiken sowie der Befürchtung, dass sich unsere Kommune finanziell übernimmt, stimmt die SPD-Fraktion deshalb dem Haushaltsentwurf für 2025 und den mittelfristigen Planungen nicht zu.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit, ein besinnliches Fest und ein paar schöne Stunden zusammen mit Verwandten und Freunden.

Kommen Sie gut ins neue Jahr.